

Neuer Gesetze für Multinationale bedarf es nicht

Multinationale Schweizer Unternehmen sind im In- wie im Ausland Ethik und Gesetzen verbunden und verpflichtet. Mit guter Governance und gutem Compliance-Management nehmen sie ihre diesbezügliche Verantwortung wahr. Von Daniel Bühler und Christian Stiefel

Chantal Peyer hat in ihrem Beitrag «Klare Spielregeln für multinationale Unternehmen» (NZZ 22. 8. 12) die Meinung vertreten, dass es in der Schweiz neue Regeln brauche, damit Unternehmen für ihre Tätigkeiten im Ausland zur Verantwortung gezogen werden können. Es bestehe eine Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher und juristischer Realität zugunsten der Unternehmen und zulasten von Mensch und Umwelt. Die Reputation des Standortes Schweiz werde dadurch geschädigt. Vorab ist es falsch, sich in der Reputationsdiskussion ins Bockshorn jagen zu lassen. Eine gute und weitsichtige Standortpolitik hat unserem Land Wohlergehen gebracht. Multinationale Unternehmen beschäftigen in der Schweiz über 1,3 Millionen Personen. Es ist deshalb wichtig, die Reputationsdiskussion in all ihren Facetten zu sehen und sie dementsprechend richtig einzuordnen. Kommt hinzu, dass Schweizer Unternehmen im Ausland sicher nicht weniger verantwortungsvoll handeln als Firmen aus andern Ländern, sondern im Gegenteil mit ihren weltweit geltenden Ethikkodizes vielerorts zur Verbesserung der Rechtslage beitragen.

Unternehmen sind dem Gesetz verpflichtet

Alle Unternehmen in der Schweiz sind verpflichtet, die Gesetze in der Schweiz und im Ausland einzuhalten. Bei Aktiengesellschaften gehört die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, zu den unübertragbaren Aufgaben des Verwaltungsrates. Jeder Verwaltungsrat muss demnach mit einem erhöhten Mass an Sorgfalt sicherstellen, dass im Unternehmen auf allen Stufen und weltweit die Gesetze eingehalten werden. Zu den Gesetzen gehören dabei die universellen Menschenrechte genauso wie lokale Umweltvorschriften oder Gesetze zur Bekämpfung der Korruption. Die Verwaltungsratsmitglieder

sind natürlich dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens verpflichtet, jedoch immer im Rahmen der Gesetze und mit Blick auf das langfristige Gedeihen des Unternehmens.

Die in der Schweiz ansässigen multinationalen Unternehmen sind nicht nur positiv für die Schweiz, sie leisten auch einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Sie bieten auch in diesen Ländern über einer Million Personen einen Arbeitsplatz und sind für einen bedeutenden Know-how-Transfer besorgt. Der frühere Uno-Generalsekretär Kofi Annan brachte es auf den Punkt: «It is the absence of broad-based business activity that condemns much of humanity to suffering.»

Die Wirtschaft setzt sich zudem konkret für die Verbesserung der Menschenrechtssituation und für Umweltstandards in Entwicklungs- und Schwellenländern ein. Zusammen mit Nichtregierungsorganisationen ist sie im Rahmen der OECD für griffige und praktikable Leitsätze für multinationale Unternehmen eingetreten. In Umsetzung der sogenannten Ruggie-Leitlinien der Uno geben die Leitsätze den Unternehmen konkrete Handlungsanweisungen, wie sie – ganz besonders im Menschenrechtsbereich – zur Verbesserung der Situation beitragen können. Dass es dennoch zu Rechtsverstössen kommen kann, soll nicht bestritten werden. Manchmal weiss der Verwaltungsrat schlichtweg nicht, was im fernen Ausland an der Front effektiv geschieht. Sein Credo einer Kultur der Ethik und Gesetzestreue verliert mit zunehmender Distanz an Schlagkraft. Nur in seltenen Ausnahmefällen wird es aber so sein, dass der Verwaltungsrat Risiken und allfällige Verstösse erkennt, aber angemessene Massnahmen unterlässt.

Zudem ist wirksame und kosteneffiziente Compliance in den Unternehmen in aller Munde. Doch welcher Weg führt dazu? Heute ist anerkannt, dass gute Governance am Anfang allen Compliance-Managements steht: Das Unternehmen – durch

den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und das Management – muss sichtbar und glaubwürdig eine Kultur der Ethik und Gesetzestreue leben. Der Ethikkodex, die Präambel der «Verfassung» des Unternehmens, ist die Grundlage für alles Handeln im Unternehmen, jederzeit und überall.

Wirksame Compliance statt neue Gesetze

Der Compliance-Verantwortliche muss unabhängig sein und über adäquate Kompetenzen und Ressourcen verfügen. Im Tagesgeschäft geht es in der Folge darum, die Compliance richtig zu betreiben (Stichworte sind: anonyme Meldestelle und unternehmensinterner Schutz der Whistleblower, verständliche interne Weisungen, glaubwürdige und nachhaltige Schulung, faire Kontrollen, Anreize und Sanktionen, Betonung der Hilfestellung an die Mitarbeiter und der richtige Ton).

Die von Chantal Peyer angesprochene Kampagne «Recht ohne Grenzen» rennt zum Teil offene Türen ein, stellt andererseits aber Forderungen auf, die fundamental den Grundsätzen eines entwickelten Rechtssystems widersprechen und dementsprechend in keiner anderen mit der Schweiz vergleichbaren Rechtsordnung umgesetzt sind. Schweizer Unternehmen stehen nicht in Konflikt mit der Gesetzestreue; im Gegenteil, sie sind Ethik und Gesetzen verbunden und verpflichtet. Im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft und des Rechts sind sie aber gefordert, wirksame Massnahmen zu treffen, um nicht nur in der Schweiz, sondern auch im entfernten Ausland ethisch zu handeln und die Gesetze einzuhalten. Mit guter Governance und klugem, interdisziplinärem Compliance-Management ist diese Aufgabe zu bewältigen. Neuer Gesetze bedarf es nicht.

Daniel Bühler ist Konsulent, Lalive Rechtsanwälte Zürich, Christian Stiefel ist Direktor, SwissHoldings.

Agrarpolitisch gegensteuern

Fortschritte in der Agrarreform dürfen nicht verhindert werden. Von Markus Hofmann

Nehmen wir an, es stelle sich folgende Aufgabe: Die Bundesverfassung gibt für einen bestimmten Bereich Ziele vor, die finanziell unterstützt werden sollen. Um herauszufinden, wie teuer dies den Steuerzahler zu stehen kommt, addiert man die geschätzten Kosten der einzelnen Ziele. Dieses Vorgehen scheint vernünftig. Doch die Vernunft ist keine zuverlässige Führerin der Politik – vor allem dann nicht, wenn die Agrarpolitik zur Debatte steht. Hier löst man die Aufgabe genau umgekehrt: Man bestimmt einen sehr hohen Betrag – rund 3,5 Milliarden Franken jährlich – und verteilt diesen dann eher schlecht als recht an die Landwirtschaft. So überrascht es nicht, dass die Schweiz noch immer zu denjenigen Ländern gehört, bei denen ein grosser Teil des bäuerlichen Einkommens aus der Staatskasse stammt (siehe Grafik). Anders gesagt: Erhalten die Bauern keine Direktzahlungen, sanken ihre Nettoeinnahmen gegen null.

Geld gegen Leistung

Im Grunde hat die Politik das Problem erkannt. Der Bundesrat wurde beauftragt, das System der Direktzahlungen «weiterzuentwickeln». Das hat er getan. Unter dem Titel «Agrarpolitik 2014–2017» wird diese Woche der Nationalrat über eine Revision des Landwirtschaftsgesetzes streiten. Die Vorlage des Bundesrates ist nicht ideal, was man in der realen Welt der Politik auch nicht erwarten kann. Immerhin stimmt die eingeschlagene Richtung. Zwar wagt es die Regierung nicht, am «Zahlungsrahmen» für die Landwirtschaft zu rütteln; dieser bleibt bei rund 3,5 Milliarden Franken pro Jahr bestehen. Doch die Gelder sollen stärker auf die in der Verfassung genannten Leistungen ausgerichtet werden, die die Landwirtschaft für das Gemeinwohl erbringen soll – wie Pflege der Kulturlandschaft, umweltschonendere Produktion, Tierwohl, Erhalt der Biodiversität oder dezentrale Besiedlung. Bis jetzt fliesst nämlich ein beträchtlicher Teil der Gelder als Pauschalzahlungen, die nicht mit einer gemeinwirtschaftlichen Leistung verknüpft sind, an die Bauern. Zudem möchte der Bundesrat einige schädliche Anreize ausmerzen. Endlich sollen die Tierbeiträge abgeschafft und durch an die Fläche gebundene Beiträge ersetzt werden.

Verdrehung der Tatsachen

Der vom Bundesrat vorgeschlagene Weg ist der richtige, auch wenn er noch viel zu wenig konsequent gegangen wird. Als erster Schritt aus der bisherigen agrarischen Umverteilungspolitik verdient die Reform aber Unterstützung. Dennoch ist Korrekturbedarf vorhanden. Denn leider erlag der Bundesrat dem Druck des Schweizerischen Bauernverbandes, der sich über die Neuverteilung der Gelder gar nicht freut. In Verdrehung der Tatsachen malt die Standesorganisation das Bild vom Ende einer produzierenden Landwirtschaft an die Wand, die sich nur noch um Landschaftsgärtnerei kümmern dürfe. Der Verband verschweigt, dass in der neuen Agrarpolitik gemäss bundesrätlicher Vorlage noch immer über 70 Prozent der Direktzahlungen eng mit der Lebensmittelproduktion und der Tierhaltung verzahnt sind. Der Bundesrat setzte die neuen Versorgungssicherheitsbeiträge viel zu hoch an. Sie sollen einen Grossteil der Direktzahlungen ausmachen, womit die Agrarpolitik wieder in die alte Schiene der Pauschalzahlungen zurückfiel.

Der Nationalrat muss hier Gegensteuer geben. Ebenso muss er die Abschaffung der Tierbeiträge durchsetzen und darf nicht faulen Kompromissvorschlägen vonseiten des Bauernverbandes erliegen. Alles andere käme einer mutwilligen Demontage der in ihren Ansätzen guten Agrarreform gleich.

Wachstum – Natur zerstören, Geld retten?

Um der Finanzkrise entgegenzutreten, wollen einige den Staaten eine Schlankheitskur aufzwingen. Das Einstehen anderer für mehr Wachstum klingt wie ein mutiger Gegenvorschlag. So oder so bleiben Systemreformen und die Natur auf der Strecke. Von Marco Morosini

«Vielleicht werden sich kommende Generationen mit Verwunderung an eine relativ kurze Phase in der Geschichte der Menschheit erinnern, in der ständiges Wirtschaftswachstum für möglich und nötig gehalten wurde. Wenn wir wollen, dass auch kommenden Generationen ein lebenswertes Leben auf unserem Planeten möglich ist, müssen wir das bisher so Selbstverständliche hinterfragen und den Blick auf Alternativen richten.» So schreibt der Ökonom Horst Köhler, deutscher Bundespräsident a. D. und ehemaliger Direktor des Internationalen Währungsfonds, in seinem Geleitwort zum Buch «Postwachstumsgesellschaft» der Ökonominen Irmi Seidl und Angelika Zahrt. Die Empfehlung ist charakteristisch für eine Reflexion, die in den letzten Jahren die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften erreicht hat.

Wachstum als Allheilmittel

Um die Finanzkrise zu lindern, wollen einige den Staaten eine Schlankheitskur aufzwingen. Vor diesem Hintergrund klingt der immer lauter zu hörende Wachstumsappell wie ein mutiger Gegenvorschlag. Was heute jedoch als tapfer erscheinen mag, ist nur das Beharren auf einem autistischen Ökonomieansatz. Die «autistische Ökonomie» ist eine Praxis des Hier und Jetzt, denn sie ist de facto blind für die Natur und die künftigen Generationen. Trotz vierzig Jahren Umweltbewusstsein und Umweltökonomik ist sie noch immer eine Ökonomie, deren einziger Drehpunkt das Geld und deren alleiniges Erfolgsmass die Vermehrung des Geldaustausches ist – denn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst nichts anderes. Die Umwelt- und die ökologische Ökonomie haben zwar Fortschritte stimuliert, doch ist der Tag einer absoluten Abkopplung des BIP-Wachstums vom Wachstum des Naturverbrauchs nicht in Sicht. Die real existierende Ökonomie hat kein Sensorium dafür, dass –

unter den jetzigen Rahmenbedingungen – steigende Geldflüsse meistens zu mehr Energiekonsum, Abfall, Emissionen und Flächenverbrauch führen und damit die Gleichgewichte der Natur zunehmend stören. Der andere blinde Fleck im Blickfeld der autistischen Ökonomie sind die künftigen Generationen. Denn die Vermehrung der Geldflüsse auf Kosten der Natur wird vom BIP als Gewinn und von der Gesellschaft als Fortschritt verbucht, auch wenn sie kommenden Generationen viel grössere Verluste als Gewinne verursacht.

Man kann die Regierenden, die von einer Finanzkrise in die nächste stolpern, und ihre Berater in ihrer Hilflosigkeit nur bemitleiden. Im Bestreben, die Finanzkrise zu überwinden, befeuern sie das materielle Wirtschaftswachstum und damit die ökologische Krise. Die Alternative bestünde darin, die Krankheit des Geldsystems mit radikalen, systeminternen Reformen zu heilen, statt den materiellen Konsum aufzublasen. Dies empfahl schon der Nobelpreisträger Frederick Soddy. 40 Jahre nach der ersten Uno-Umweltkonferenz in Stockholm bestätigen der Weltgipfel Rio+20 und die jüngsten Umweltberichte der OECD und des Unep, dass sich die Schädigung der globalen Umwelt trotz Warnungen und zaghaften Korrekturen beschleunigt hat und dass allfällige Fortschritte durch die zunehmenden wirtschaftlichen Aktivitäten des Menschen zunichte gemacht werden.

40 Jahre sind fast verloren, weil niemand den Mut hatte, die Bekämpfung der «Unterentwicklung» mit der Bekämpfung der Überentwicklung zu kombinieren. Der im Jahr 1987 von der Uno-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung formulierte Kompromiss der nachhaltigen Entwicklung wollte zwar die ärmeren Länder mit einer Priorisierung der Entwicklung (ihrer Entwicklung!) und die reicheren Länder mit einer Betonung des Umweltschutzes zufriedenstellen. Seit einem Vierteljahrhundert führt unsere Deutung der «nachhaltigen Entwicklung» jedoch nicht dazu,

dass wir Raum für die Entwicklung der ärmeren Länder schaffen, denn dazu müssten wir unsere materiellen Ansprüche verringern. Stattdessen dient sie als Alibi, um das weitere Wachstum unserer Wirtschaft und unseres Ressourcenverbrauchs zu legitimieren. Unbeirrbar streben wir nach weiterem exponentiellem Wachstum. Bei einer jährlichen Wachstumsrate von 2,5 bis 3,5 Prozent verdoppelt sich das BIP alle 20 bis 30 Jahre. Nicht einmal das simple lineare Wachstum – welches wir seit einem halben Jahrhundert erleben – reicht uns aus. Gefordert ist exponentielles Wachstum, das heisst Wachstum des Wachstums. Für immer.

Unwirtschaftliches Wirtschaftswachstum

Die Ansicht, dass in den reichen Ländern das Wirtschaftswachstum immer fragwürdiger, ja sogar unwirtschaftlich wird, gewinnt an Boden. Wie Seidl und Zahrt dokumentieren, erfüllt das Wachstum in diesen Ländern immer weniger sein Versprechen von Vollbeschäftigung, sozialer Gerechtigkeit, Wohlstandsverteilung und gutem Umweltmanagement. Exponentielles Wachstum erweist sich zunehmend als ineffektive Medizin, begleitet von wachsenden, oft irreversiblen Nebenwirkungen, die langsam zu Hauptwirkungen werden. Dennoch wird dieses Medikament weiterhin verschrieben. Für manche liegt derzeit die letzte Hoffnung auf Wachstumssteigerung in den reichen Ländern darin, dass man «die Menschen davon überzeugt, Dinge zu kaufen, die sie nicht brauchen, mit Geld, das sie nicht haben» (Ian Johnson, Ökonom und Präsident des Club of Rome). In Anbetracht dieser Misere steht nicht nur das Wachstum selbst auf wackligen Beinen, sondern auch die Selbstverständlichkeit seiner Doktrin.

Marco Morosini ist Senior Scientist, ETH Zürich.

Öffentliche Unterstützung für die Landwirtschaft
In % der Einnahmen der Bauern

